

ANTRÄGE

B

SONSTIGE

ANTRÄGE

ANTRAG B1

ANTRAGSTELLER: Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Gelsenkirchen

1 Gewerbeflächenentwicklung priorisieren

Die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen nimmt eine Schlüsselposition bei der Wirtschaftsentwicklung auch des Standortes Gelsenkirchen ein. Dies gilt für Neuansiedlungen, die den Arbeitsmarkt am Standort genauso stärken wie die Wirtschaftskraft, in gleichem Maße aber auch für Bestandsunternehmen, die an ihrem angestammten Standort in Gelsenkirchen Erweiterungspotentiale nutzen wollen und nutzen können sollen. Gewerbeflächen in der Metropole Ruhr sind dabei mittlerweile rares Gut und begehrte – schon heute gibt es insbesondere bei großflächigen Vorhaben ein deutliches Angebotsdefizit, sodass Arbeitsplätze, Wirtschaftskraft und unternehmerische Entwicklung an anderen Standorten und nicht in Gelsenkirchen oder der Metropole Ruhr stattfinden. Diese Einschränkung gilt auch für die Stadt Gelsenkirchen – das Volumen sofort verfügbarer und entwickelter Gewerbeflächen ist niedrig, sodass interessante Projekte an unserer Stadt vorbeiziehen. Die kurzfristige und strategische Ausweisung neuer Gewerbeflächen ist daher überlebenswichtig für den Standort Gelsenkirchen.

Um dieser Entwicklung entgegenzutreten, werden wir unser Handeln an folgenden Leitlinien orientieren:

1. Wir werden das Spannungsfeld zwischen notwendigen Projekten wie Schulbauten, der dringend nötigen Entwicklung des Gelsenkirchener Wohnungsmarktes durch Neubau und Erhöhung der Eigentumsquote und der Gewerbeflächenentwicklung räumlich auflösen.

Dabei kommt insbesondere den aktuellen Rahmenbedingungen für Gewerbeflächen, Abstand zu Wohnbebauung und der infrastrukturellen Anbindung eine herausragende Rolle zu. Real nutzbare Gewerbeflächen lassen sich aufgrund diverser Hürden nachvollziehbar nicht überall in der Stadt – auch nicht an brachliegenden, ehemaligen Industrie- oder Gewerbestandorten – realisieren. Deshalb werden wir priorisieren: Gewerbeflächen werden wir stringent dort erschließen, wo die Rahmenbedingungen an Abstände oder Infrastruktur ideal sind – und für die Erschließung investieren und die nötigen rechtlichen Rahmenbedingungen wie Bebauungspläne priorisiert schaffen. Andere Projekte, wie Schulbauten, werden wir auch unter Ertüchtigung der entsprechenden Flächen dort realisieren, wo sie gebraucht werden: in den Quartieren. Für den Wohnungsbau setzen wir neben der konsequenten Ermöglichung von Nachverdichtung auf die Ausweisung neuer Quartiere, wie wir es bereits in den vergangenen Jahren erfolgreich beispielsweise im Bierschen Waldbogen, an der Rheinischen Straße oder an der Florastraße realisieren konnten.

2. Wir werden eine ganzheitliche Gewerbeflächenentwicklungsplanung auf den Weg bringen.

Dazu ist es notwendig, alle Flächen in Gelsenkirchen auf den Prüfstand zu stellen, Potentiale zu erheben, mit den Unternehmerinnen und Unternehmern sowie den Verbänden und weiteren Stakeholdern in unserer Stadt in Kontakt zu gehen und Hindernisse zu evaluieren und zu bewerten. Die aus der Gewerbeflächenentwicklungsplanung resultierenden Investitionsbedarfe zur Ertüchtigung der Flächen werden wir zum Wohle der langfristigen Entwicklung des Standortes Gelsenkirchen priorisieren, Brachflächen und ehemalige Standorte konsequent und zeitnah

neu entwickeln. Unser Ziel ist neben einem steten Nachschub neuer Entwicklungsflächen auch eine langfristige Planung, die absehbar unser Gewerbeflächenangebot auch in der Zeitschiene der nächsten 5-10 Jahre betrachtet und vorantreibt. Dafür bedarf es schneller und klarer politischer Willenserklärungen und Leitentscheidungen zur Umsetzung durch die Stadtverwaltung, um nicht in absehbarer Zeit ohne Gewerbeflächenangebot dazustehen. Die Themen Gewerbeflächenentwicklungsplanung sowie die Planung und Ausweisung neuer Baugebiete denken wir darüber hinaus in unwahrscheinlichen Konkurrenzfällen ganzheitlich zum Wohle Gelsenkirchens.

3. Wir betrachten Gewerbeflächenentwicklung als Teil der Nachhaltigkeitsstrategie unserer Stadt. Denn: Eine gut und modern entwickelte Gewerbefläche entspricht neuesten Anforderungen an Nachhaltigkeit und Umweltschutz.

Dazu gehört auch, unsere Geschichte am Standort Gelsenkirchen und damit in der Historie von Kohle und Stahl anzunehmen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Dort, wo die Industrie der vergangenen mehr als hundert Jahre ihre Spuren hinterlassen hat, müssen für eine nachhaltige und konsequente Weiter- bzw. Wiedernutzung auch individuelle Möglichkeiten für individuelle Herausforderungen einzelner Standorte, zum Beispiel bei Altlasten, gefunden werden. Dort, wo eine adäquate Nachnutzung ohne Altlastenbeseitigung nicht im Sinne des Wohles der Stadt ist, darf uns auch eine großflächige Beseitigung nicht scheuen. Dabei hat das Ruhrrevier in der Vergangenheit ganz entscheidend zum Wohlstand unserer Bundesrepublik beigetragen – daher werden wir uns an den richtigen Stellen in Land und im Bund auch dafür einsetzen, dass entsprechende Maßnahmen zur nachhaltigen Weiterentwicklung unserer ehemaligen Standorte von (Schwer-)Industrie und Gewerbe von den tragfähigen Schultern in Düsseldorf und insbesondere Berlin entscheidend unterstützt werden.

4. Wir werden die Infrastruktur für unsere Flächen konsequent entwickeln. Dabei ist eine zielgenaue Entwicklung für alle Flächen wichtig. Dies trifft die gute Anbindung an High-Speed-Internet für Gewerbe, bei der wir unseren Spitzenplatz verteidigen müssen, genauso, wie die aktuellen Aktivitäten für den Wasserstoff-Standort Gelsenkirchen. Für uns bedeutet dies: Die richtige Straße am richtigen Ort, egal ob für Gewerbe, Wohnen, für überregionale Verkehre oder die Nahmobilität im Quartier. Deshalb werden wir bei Flächenauswahl und -entwicklung auch die Aspekte der kommunalen Infrastruktur mitdenken und gleichsam entwickeln. Für uns bedeutet dies aber auch: Jede neu entwickelte Fläche muss aktuellen Standards entsprechen und gemeinsam mit den jeweiligen Unternehmen die Themen rund um Energie und Klimaresilienz (z. B. Gründachflächen) entwickeln, um zum Wohle der Unternehmen aber auch unserer Stadt eine zukunfts feste Entwicklung zu garantieren.

ANTRAG B2

ANTRAGSTELLER: Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Gelsenkirchen

1 Lokale Dienstleistung stärken – lokale Stärken nutzen!

2 Unternehmen in Gelsenkirchen schaffen Arbeitsplätze, Wertschöpfung und nicht zuletzt schafft
3 erfolgreiches Unternehmertum auch die nötigen finanziellen Grundlagen, um unsere Kommune
4 handlungsfähig zu halten. In vielfältiger Weise ist es daher unser Bestreben, lokale Unternehmen
5 in unserer Heimatstadt Gelsenkirchen zu stärken. Insbesondere bei der Ausschreibung durch die
6 öffentliche Hand ist aufgrund europarechtlicher Bestimmungen und verpflichtenden
7 Ausschreibungsregeln die Situation oftmals aber schwierig. Dies trifft vor allem, aber nicht
8 ausschließlich, das Handwerk. Unternehmen ohne Kenntnisse der lokalen Gegebenheiten, mit
9 erheblichen Schwierigkeiten im Nachbesserungs- oder Gewährleistungsfall und mit schwieriger
10 Überprüfbarkeit der Einhaltung weiterer Rahmenbedingungen wie Mindestlohn und
11 Steuerverpflichtungen kommen bei stark preisfokussierter Bewertung zum Zug. Dies führt nicht
12 nur oftmals bei den betroffenen Projekten zu erheblichen Problemen und Verzögerungen bis hin
13 zur Neuausschreibung – sondern es schwächt auch unsere lokalen Unternehmen. Wir wissen: Das
14 günstigste Angebot ist nicht immer das wirtschaftlichste Angebot!

15

16 Der CDU-Kreisparteitag beschließt daher:

- 17 1. Wir werden uns für eine perspektivische Änderung der geltenden Bestimmungen,
18 einsetzen, um die Rolle lokaler und regionaler Unternehmen in öffentlichen
19 Ausschreibungen zu stärken. Dies betrifft die Schwellwerte, eine Vereinfachung der
20 geltenden Regelungen sowie eine Stärkung regionaler Einfluss- und
21 Entscheidungsfaktoren.
22
- 23 2. Wir werden bei Ausschreibungen alle Möglichkeiten im Rahmen der bestehenden
24 Regelungen nutzen. Dazu werden wir Kriterien im zulässigen Rahmen so wählen, dass
25 Referenzen, die geographische Entfernung oder die Einhaltung strenger Service-Level-
26 Agreements maximales Gewicht bekommen.
27
- 28 3. Insbesondere bei regelmäßigen Dienstleistungen für die öffentliche Hand setzen wir auf
29 Rahmenverträge, die die Fragen der Planungssicherheit für Unternehmen mit Fragen der
30 Wirtschaftlichkeit für den Steuerzahler verknüpft.
31
- 32 4. Wir nutzen die Instrumente der Aufteilung in Teil- und Fachlose, um eine breite
33 Beteiligung zu ermöglichen ebenso, wie Verhandlungsverfahren an den Stellen, an denen
34 sie zulässig sind.
35
- 36 5. Wir setzen darauf, lokale und regionale Unternehmen verstärkt zur Teilnahme an
37 entsprechenden Verfahren zu animieren. Dazu setzen wir uns für Informations- und
38 Unterstützungsangebote ein, die die Hemmschwelle zur Beteiligung gerade für kleinere
39 Unternehmen senken sollen. Dies trifft insbesondere auch kommunale Beteiligungen. Hier
40 setzen wir uns für ein gemeinsames Informationsportal ein.
41
- 42 6. Wir wollen die Regeln für freihändige Vergaben regelmäßig überprüfen und lokale sowie
43 regionale Aspekte stärker berücksichtigen.

ANTRAG B3

ANTRAGSTELLER: Junge Union (JU) Gelsenkirchen

Aussetzen des stadtweiten vorgezogenen Anmeldeverfahrens für weiterführende Schulformen! Für mehr freie Entscheidungsmöglichkeiten für Familien!

In Nordrhein-Westfalen gilt maßgeblich der Elternwillen bei der Wahl der weiterführenden Schule und der entsprechenden Schulform für ihre Kinder. Es muss Auftrag und Wille einer Verwaltung und der Politik sein, den Menschen in unserer Stadt ein breites Angebot bieten zu können, so dass Eltern in der persönlichen Abwägung entscheiden können, welche Schulform für ihr Kind oder ihre Kinder das förderlichste ist. Darüber hinaus bieten die verschiedenen Programme und Schwerpunkte der Schulen ein weiteres Kriterium, das zu einer differenzierten und bewussten Entscheidungsfindung führen soll. Die unumstößliche Grundlage hierzu sind für alle Beteiligten gleiche, weil faire Ausgangsbedingungen, gerade mit Blick auf die weiterführenden Schulformen, insbesondere der zeitliche Rahmen für das Anmelde- und Aufnahmeverfahren.

Genau dieser Punkt wird durch das in Gelsenkirchen herrschende „vorgezogene Anmeldeverfahren“ seit Jahren ausgehöhlt und untergraben! Gerade in einer Stadt, in der derzeit nicht ausreichend Schulplätze vorgehalten werden können, führt das vorgezogene Anmeldeverfahren zu einer Verzerrung der Wirklichkeit, die in erster Linie ideologiegetrieben unter dem roten Deckmäntelchen vermeintlichen Elternwillens, zu einer Aufweichung unseres Schulsystems führen soll.

So beginnt das Anmeldeverfahren für Gesamtschulen in Gelsenkirchen im direkten Nachgang zum Halbjahreswechsel mit einer Dauer von zwei Wochen. Erst im Nachgang wird es Eltern ermöglicht, sich für andere Schulformen anzumelden, was dazu führt, dass Eltern ihre Kinder „zur Sicherheit“ an einer der Gesamtschulen im Stadtgebiet anmelden. Hier werden Unsicherheit und Sorgen der Menschen ganz bewusst ausgespielt. Das Ergebnis ist hinreichend bekannt.

Die Anmeldezahlen übersteigen die angebotenen Plätze vieler Gesamtschulen, so dass diese eine Vielzahl von Bewerbungen nicht annehmen können und die Eltern ihre Kinder an anderen Schulformen anmelden, hauptsächlich an Haupt- und Realschulen. Das vermittelte Bild ist Ergebnis dieses Lenkungsprozesses, während die Gesamtschulen kaum freie Plätze haben, gehen die anderen Schulformen des gegliederten Schulsystems oftmals mit geringeren Anmeldezahlen und Eingangsklassen in ein neues Schuljahr. Dieser Umstand führt zu der verzerrten Auffassung, dass Eltern in Gelsenkirchen insbesondere die Gesamtschule bevorzugt auswählen würden, was aus dem Verfahren und den hierdurch fragwürdigen statistischen Werten nicht abzuleiten ist.

Die Junge Union Gelsenkirchen als Teil der kommunalen Unionsfamilie spricht sich eindeutig für das Aussetzen des „vorgezogenen Anmeldeverfahren“ in Gelsenkirchen für mindestens 5 Jahre aus, um den Eltern und Familien Gelsenkirchen eine offene Entscheidungsfindung und persönliche Wahl zu ermöglichen und in Zukunft Schulprojekte auf Basis belastbarer Zahlen entwickeln zu können.